

07.07.2020

Kleine Anfrage 4029

der Abgeordneten Anja Butschkau und Regina Kopp-Herr SPD

Wie haben sich die Fallzahlen häuslicher Gewalt und die Situation der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen während der Corona-Pandemie weiterentwickelt?

Durch fehlende Kinderbetreuung, beengte Wohnverhältnisse und Zukunftsängste kann in der Corona-Pandemie bei vielen Familien auch das Stress-Level steigen, das sich leider auch in zunehmender häuslicher Gewalt niederschlagen kann. Die psychischen Auswirkungen der Corona-Krise und daraus entstehende zwischenmenschliche Schwierigkeiten dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Viele Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, Angst davor, ihre Familien nicht mehr ernähren zu können, Angst um ihre Zukunft. Das erzeugt Stress, der mitunter teilweise auch in Gewalt ausarten kann. Überwiegend fallen Frauen dieser Gewalt zum Opfer.

Zu Beginn der Corona-Pandemie sind die Fallzahlen häuslicher Gewalt, die die Polizei NRW aufgenommen hat, entgegen den in der Fachwelt verbreiteten Meinungen deutlich gesunken (vgl. Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage 3477, Drucksache 17/9402). Es ist zu vermuten, dass aufgrund des Lockdowns viele Betroffene nicht in der Lage waren, entsprechende Hilfs- und Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen. Ausgehend von dieser Annahme muss davon ausgegangen werden, dass das Dunkelfeld größer geworden ist.

Durch die eingeschränkten Möglichkeiten, reguläre Beratungsstellen aufzusuchen, sind telefonische und Online-Beratungsangebote für Frauen in Krisensituationen umso wichtiger. Diese Möglichkeiten sollten schnell und unbürokratisch ausgebaut und bekanntgemacht werden.

Zugleich mussten die Träger mit Einnahmefällen im Bereich Spendenakquise hinnehmen, da Veranstaltungen nicht möglich waren. Hier unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Frauenhilfeeinfrastruktur mit 1,5 Millionen Euro aus dem NRW-Rettungsschirm.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle häuslicher Gewalt verzeichneten nach Kenntnis der Landesregierung die Polizeipräsidien bzw. Kreispolizeibehörden in ihrem jeweiligen örtlichen Zuständigkeitsbereich in den Monaten April, Mai, Juni 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat?
2. Welche Erkenntnisse über die Entwicklung der häuslichen Gewalt während dieses Zeitraums besitzt die Landesregierung aus Rückmeldungen bzw. Gesprächen mit den landesgeförderten Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen?

3. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit März 2020 in den landesgeförderten Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen getroffen, um auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zu reagieren (bitte nach Einrichtung aufschlüsseln)?
4. Welche finanziellen bzw. informatorischen Beiträge hat die Landesregierung in dieser Zeit dazu beigesteuert (bitte nach Einrichtung aufschlüsseln)?
5. Welche Einrichtungen haben an den 1,5 Millionen Euro aus dem NRW-Rettungsschirm partizipiert (bitte aufschlüsseln nach Einrichtung, Ort, Träger, Höhe der finanziellen Unterstützung, Datum der Antragsstellung und Datum der Antragsgewährung)?

Anja Butschkau
Regina Kopp-Herr